

Presseerklärung der Elterninitiative für die Gesamtschule aus Anlass ihrer Demonstration vor der Kreistagssitzung am 11.12.2019.

Die Initiative ist unter der Losung „Eltern für die Eröffnung der Gesamtschule 2022“ aufgetreten, weil es ihr ursächlich um die Überwindung der Bildungschancenungerechtigkeit im ländlichen Raum und insbesondere in unserem Gebiet des Spree-Neiße Kreises geht.

Die Aufnahme eines Millionenkredites für den Schulneubau ist nach unserem Erkenntnisstand derzeit die einzige konkrete eigene Maßnahme des Kreises für den Strukturwandel. Wir sind sicher, dass eine Gesamtschule die Region kurzfristig attraktiver für die Ansiedlung junger Eltern und damit neuer Arbeitskräfte machen wird. Die Schule soll sich unseren Wünschen entsprechend inhaltlich auf die sogenannten MINT Fächer, verbunden mit einer berufspraktischen Orientierung, konzentrieren. Damit werden langfristig in der Region die eigenen Kräfte für eine prosperierende wirtschaftliche Entwicklung ausgebildet. Das beantwortet die Frage, wo in der Zukunft die Fach- und Führungskräfte für Produktion, Handel, Handwerk und Wissenschaft herkommen sollen.

Übrigens sind bekanntlich im zurückliegenden Zeitraum knappe 8 Millionen für die Ansiedlung von Wirtschaftsförderern ausgegeben worden. Die Elterninitiative hat seit 6 Jahren die Kosten für ihre Ideen und Aktivitäten fast ausschließlich, genauso wie heute, die Anreise und das Demomaterial, aus der eigenen Tasche bezahlt. Das verstehen wir unter effektive Arbeit für den zukünftigen Strukturwandel.

Die neue Landesregierung hat verkündet, aus den in der Vergangenheit bei der Entwicklung und Unterstützung der ländlichen Region gemachten Fehlern zu lernen. Das ist der praktische Maßstab, den wir Eltern auch an die Prüfung zukünftiger Bildungspolitik anlegen werden. Wir sehen uns mit dem Städte- und Gemeindebund in einer einheitlichen Auffassung, dass die Aufnahme eines Milliardenkredites der unbürokratischen Unterstützung des Strukturwandels dienen muss und das dabei Schul- und Kitaneubau eine besondere Priorität haben sollen. Insofern fordern wir vom Land die Unterstützung des Kreises bei der Finanzierung des Schulneubaus.

So oder so, wir wollen und können es uns aber auch nicht leisten, nochmals Jahre verstreichen zu lassen bis der letzte Entscheidungsträger die Richtigkeit und Notwendigkeit der Errichtung einer Gesamtschule mit gymnasialer Oberstufe in dieser Region des Spree-Neiße Kreises zu seiner eigenen Erkenntnis werden lässt. Der zurückliegende Kreistag hat mit seinem Errichtungsbeschluss die Grundlagen geschaffen. Jetzt ist es die Aufgabe des neuen Kreistages schnellsten ein bildungspolitisch wichtiges Signal in die Wirklichkeit zu führen und den Schulneubau wachsen zu lassen.

Gerd Bzdak
Sprecher Elterninitiative für die Gesamtschule